
Für demokratische Freiheiten - gegen bürokratische Diktatur

Wolfgang Leonhard und Hermann Weber zum Volksaufstand am
17. Juni 1953*



Prof. Dr. Wolfgang Leonhard, geb. 1921 in Wien/Österreich, verbrachte zehn Jahre in der Sowjetunion (1935-1945), anschließend Funktionär in der damaligen Sowjetzone Deutschlands, brach mit dem System und lebt seit 1950 im Westen, lehrte als Ostexperte u.a. 1966-1987 an den Yale-Universität.



Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber, geb. 1928 in Mannheim, ist emeritierter Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

„Teure Genossen! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik trägt mit Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk den unermesslichen Schmerz, der uns alle durch das Ableben des großen Führers der fortschrittlichen Menschheit, Josef Wissarionowitsch Stalin, betroffen hat. Die Nachricht, dass das Herz des Mitkämpfers und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, unseres weisen Lehrers und Vaters, aufgehört hat zu schlagen, erfüllt alle Genossen, alle deutschen Friedensfreunde und Demokraten mit großer Trauer. Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampfe um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt, dahingegangen. Das Lebenswerk Stalins wird auf Jahrhunderte die Entwicklung des Weltgeschehens beeinflussen.“

* Auszug aus der von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 20. März 2003 in Berlin durchgeführten Veranstaltung „Der Volksaufstand am 17. Juni 1953-Stalins Tod und die Folgen.“

„In Josef Wissarionowitsch Stalin verlieren wir den Mitbegründer der siegreichen Bolschewistischen Partei, den ruhmvollen Kampfgefährten Lenins in der Führung der großen sozialistischen Oktoberrevolution, den Mitbegründer des Sowjetstaates, der das grandiose Werk Lenins fortsetzte und den Sozialismus in der Sowjetunion zum Siege führte. In Stalin verlieren wir den hervorragenden Gelehrten, der sein wissenschaftliches Werk mit der Entdeckung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus und des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus krönte, und uns in dem genialen Werke „ Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR " sein wissenschaftliches Vermächtnis hinterließ.“

„Der große Verlust, den das Hinscheiden Stalins bedeutet, ist für uns deutsche Genossen, für die ganze Arbeiterklasse Deutschlands und für das deutsche Volk ein schmerzlicher Schlag. Wir verlieren in Stalin den großen Freund und immer bereiten Berater und Helfer unseres Volkes. Schon in den Jahren der Weimarer Republik, als in Deutschland der Kampf um die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei begann, stand Genosse Stalin unserem unvergesslichen Ernst Thälmann mit Rat und Tat zur Seite, mit den ihn enge Freundschaft verband.“

„Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelobt an der Bahre des großen unsterblichen Führers, sich noch fester und geschlossener um das von Stalin geschmiedete Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zusammenzuschließen, der siegreichen Lehre Stalins stets die Treue zu wahren, auf der Grundlage der Stalinschen Lehren ihre Reihen ideologisch und organisatorisch zu festigen, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um die Sache von Marx und Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege zu führen.“

„Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist überzeugt, dass die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anstrengungen vermehren wird, um das Band der unverbrüchlichen Freundschaft mit dem großen Sowjetvolke, das an der Spitze des Weltfriedenslagers steht, noch fester zu knüpfen. Die Werktätigen unserer Republik werden noch intensiver die volksdemokratischen Grundlagen unseres Staates festigen, und die Grundlagen des Sozialismus errichten. Sie werden mit noch größerer Wachsamkeit die Störungsversuche aller Feinde vereiteln und die Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik weiter stärken. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wird mit noch größerem Kraft den Kampf um die Erhaltung des Friedens und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands führen.“

„Es lebe die enge, unzerstörbare Freundschaft des deutschen Volkes mit dem Sowjetvolk.“

Hubertus Knabe: Dies sind lediglich Auszüge aus einem langen Telegramm gewesen. Herr Professor Leonhard, kommt Ihnen das bekannt vor, was Sie hier gehört haben?

Wolfgang Leonhard: Mich haben diese Aussagen vor 50 Jahren außerordentlich erschreckt und sie tun es noch heute. Bevor der Tod Stalins am 6. März 1953 bekannt gegeben wurde, war in der sowjetischen Presse von einer Verschwörung die Rede, an der u. a. amerikanische und englische Agenten beteiligt gewesen seien, die wichtige Sowjetführer ermorden wollten. Das war zwar eine vollkommene Fieberphantasie, aber gleichzeitig auch der Beginn von Wachsamkeits-Kampagnen und Massenverhaftungen. Als Stalin plötzlich starb, lautete die große Frage: Wie geht es jetzt weiter, wird der harte Kurs gebremst? Entscheidend war, dass die Sowjet-Führer, wenn auch auf unterschiedliche Art, den Stalinismus in den Hintergrund stellen wollten. Der Tod Stalins löste eine außerordentliche Erleichterung bei vielen Menschen in der Sowjetunion aus, während die Menschen in der DDR, die darüber nicht informiert wurden, im Stalinismus weiterlebten. Damit wurde in der DDR die Saat für den 17. Juni gelegt.

Also Stalinismus ohne Stalin. Herr Professor Weber, in dem furchtbaren Kellergefängnis in Hohenschönhausen saßen zu jener Zeit führende Politiker ein: Paul Merker, der Handelsminister Karl Hermann, der Außenminister Georg Dertinger. Was war die Logik dieser Säuberungen, dieser brutalen Verfolgung auch von Menschen, die eigentlich überzeugte Kommunisten waren?

Hermann Weber: Die für mich immer noch erstaunlichste Besonderheit der kommunistischen Bewegung in der Stalin-Ära liegt darin, dass in ihr mehr Führer, Mitglieder, Anhänger des Kommunismus ermordet wurden, als von ihren Feinden in der ganzen übrigen Welt. Das ist wirklich eine Absurdität der Geschichte, wenn man sich überlegt, dass dort, wo die Kommunisten an der Macht waren, am meisten zerschlagen wurde, Menschen umgebracht wurden, die reine Barbarei herrschte. Das hat damit zu tun, dass wir uns dieses System nach der Oktoberrevolution, dieser Zeit, die wir ab den 1930er-Jahren als Stalinismus bezeichnen, betrachten müssen. Da ist einmal ein Regime, eine brutale Diktatur, mit all den bekannten Auswirkungen, die aber durch die Person Stalin etwas Besonderes hat. Da sind neben diesem Personenkult, den man sich heute gar nicht mehr vorstellen kann, auch diese blutigen, verharmlosend „Säuberungen“ genannten, Verfolgungen, die sich gegen die gesamte Bevölkerung richteten. Wir wissen heute, dass Millionen und Abermillionen umgebracht wurden, auch viele Kommunisten. In drei blutigen Schauprozessen zwischen 1936 bis 1938 ist die gesamte Leninsche Elite, sind die Führer des Kommunismus, die 1917 an der Macht waren, umgebracht worden. Das ging in der Hierarchie bis weit nach unten, man rechnet mit mindestens einer Million getöteter Kommunisten. Durch den Krieg ergab sich zunächst eine Verschiebung: Stalin war ein miserabler Feldherr, der alle Warnungen vor dem Überfall Hitlers in den Wind geschlagen hatte, weil er diesen völlig falsch einschätzte. Zum Schluss aber siegte die Sowjetunion und stieg damit zur Weltmacht auf. Jetzt war Stalin derjenige, zu dem viele Menschen in aller Welt aufschauten. Es war weniger der Marxismus-Leninismus, von dem er ohnehin kaum etwas verstand, sondern es war vor allen Dingen die Tatsache, dass die Sowjetunion die Erde von Hitler befreit hatte. Die Folge war, dass Stalin ab 1948 die Zügel wieder enger zog. Seit 1952 zeichnete sich ab, dass sich, wie bereits 1949 in Ungarn und in Bulgarien, Schauprozesse wiederholen würden, bei denen kommunistische Führer mit den bekannten unglaublichen und völlig falschen Selbstbezeichnungen vor Gericht gestellt und umgebracht wurden. Mit dem Slanskij-Prozess im November 1952 in der Tschechoslowakei kam der Zionismus als neuer Hauptfeind hinzu, was lediglich eine Umschreibung von Antisemitismus war. Das löste überall großes Erschrecken aus. Auch die DDR musste oder wollte einen derartigen Schauprozess durchführen. Der Tod Stalins hat dann quasi all jene gerettet, die sonst vor Gericht gestanden hätten. Die bange Erwartung der Menschen war das Besondere an der Situation nach Stalins Tod.

Wolfgang Leonhard: Da sind wir - wie meist - völlig einer Meinung. Zuerst die große Unsicherheit, ob Malenkow der neue Generalsekretär wird. Wenn jetzt der neue Stalin kommt, wie wird er sich verhalten? Man dachte damals in solchen Kategorien: Wenn Stalin tot ist, wird ein neuer Generalsekretär an die Macht kommen. Dass es Chruschtschow schneller nach vorne schaffte, konnte noch keiner recht ahnen. In allen Fernsehsendern wurde nur gezeigt, wie die Menschen weinten, als „Väterchen“ Stalin starb. Aber ganz so väterlich wurde er doch nicht gesehen, ganz besonders nicht von denjenigen, die zu Millionen im Gulag saßen. Aber es gab eine Angst vor der Zukunft ohne Stalin, denn das war, wie wir heute wissen, der Abschluss einer ganzen Epoche. Beim Stalinismus handelte es sich um ein schreckliches System mit brutaler Härte, eine totale militarisierte Diktatur von oben nach unten - nicht nur gegenüber der Bevölkerung, sondern vor allem in der eigenen Partei.

Nun könnte man sagen: Wenn die führenden Kommunisten sich gegenseitig umbringen, könnte die Bevölkerung dem Treiben einfach zuschauen. Aber so war es nicht. Der Druck war derart stark, dass er sich dann am 17. Juni 1953 explosionsartig entlud. Worin bestand dieser Druck eigentlich? Sie haben die Inhaftierung von einzelnen als Gegnern ausgemachten Personen erwähnt. Es ist sicherlich kein Zufall, dass am 17. Juni die Massen vor allem vor den Gefängnissen skandierten: „Freiheit für die politischen Gefangenen!“ Herr Professor Leonhard, wo lagen die Hauptdruckmomente, die an diesem Tag explodiert sind?

Wolfgang Leonhard: Die Hauptdruckmomente lagen in der Verschärfung des Systems in der DDR seit Juli 1952, mit der Zweiten Parteikonferenz, bei der der Aufbau des Sozialismus deklariert wurde. Das beinhaltete: drastische Konzentrierung auf die Schwerindustrie, schnellste Kollektivierung der Bauernschaft, schnellster Aufbau einer eigenen Armee und des Repressionsapparates. All das beinhaltete eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter, der Angestellten, der Menschen in der DDR. Das verschärfte sich zwischen Juli 1952 und Stalins Tod im März 1953.

In der Sowjetunion wurde nach Stalins Tod die Linie verändert, in der DDR jedoch verschärft weitergetrieben, was zu einem drastischen Ansteigen der Fluchtziffern führte. Der sowjetische Geheimdienst hatte das viel deutlicher erkannt als die SED-Führung. Aus den Materialien, die wir inzwischen von sowjetischen Dokumenten kennen, ergibt sich, in welcher drastischer Sprache und mit welcher scharfer Verurteilung die sowjetische Führung die Situation in der DDR vom Frühjahr 1953 geschildert hat. Sie hatten genau erkannt, wie gefährlich die Situation war. Unter diesen Bedingungen luden sie Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Fred Oelßner und andere am 2. Juni 1953 nach Moskau ein, um ihnen dort das Material zu übergeben und eine totale Veränderung der Politik der DDR, bekannt unter dem Begriff „Neuer Kurs“, zu fordern.

Dieser „Neuer Kurs“ wurde jedoch von der DDR-Führung abgeschwächt. Es gab harte Kontroversen: Die Sowjetführer sagten, es sei lediglich ein schlechter Aufguss ihres eigenen Programms. Es gab ein Tauziehen, wie weit man gehen sollte. Die DDR-Führung verzichtete, wie die Sowjetführung es wollte, auf eine große Aufklärung der Bevölkerung, sondern verkündete den neuen Kurs von oben auf ihren Politbürositzungen. Gleichzeitig erhöhte die SED-Führung die Normen für die Arbeiter um 10 Prozent. Somit hatte die SED-Führung unter dem Druck der Situation den bürgerlichen Schichten, den Bauern, den religiösen Kräften, den Blockparteien Konzessionen gemacht, nicht aber den Arbeitern. Das war der Moment, an dem die Bewegung startete, zuerst gegen die Normenerhöhung, dann zu weitreichenden politischen Forderungen, in erster Linie dem Sturz der Ulbricht-Diktatur und für freie Wahlen. Das Erstaunliche ist, dass es keine organisierte Opposition war, sondern eine spontane Bewegung, in der die Industriearbeiterschaft die treibende Kraft war, die sofort verstand, dass das Wichtigste war, eigene Instrumente zu schaffen. Daher entstanden überall gewählte Betriebsräte.

Das musste eine denkwürdige Begegnung gewesen sein in Moskau, als Grotewohl, Ulbricht und Oelßner dort einvernommen wurden und diesen neuen Kurs aufgedrückt bekamen. Welche Auswirkungen hatte das in der Führung der SED, als die zurückkamen und dieses Programm umsetzen sollten?

Hermann Weber: Zuvor sollte man kurz erläutern, wie es eigentlich dazu kommen konnte. Wolfgang Leonhard hat richtig gesagt, dass die Zweite Parteikonferenz der gravierende Einschnitt war. Wie wir heute wissen, hat es lange gedauert, bis Stalin die Ausrufung des „Aufbau des Sozialismus“ nach dem Willen von SED und Ulbricht genehmigte. Im Juli 1952 war bereits versucht worden, das Modell der Sowjetunion anzuwenden, also, in deren

Sprache, den Sozialismus einzuführen. Stalin stimmte zu, indem er einen Punkt besonders herausstellte, nämlich dass es ihm, weltpolitisch gedacht, nicht nur auf die Militarisierung der DDR ankam, sondern darauf, dass das ganze Leben nach dem Prinzip Gehorsam, was ja nichts anderes bedeutet als Militarisierung, geregelt werden sollte. Neben dem verstärkten Aufbau der Armee bedeutete das eine eigene Rüstungsindustrie, die man bis dahin nicht mehr gewollt hatte. Das bedeutete gewissermaßen den Tod der übrigen Industrie und eine Verschlechterung der allgemeinen Lebenslage. Insofern gab es einen Schock für die nach Moskau zitierte Führung.

Herr Professor Leonhard, wie sah es in Moskau aus? Auch da gab es konzeptionelle Differenzen, wie man heute weiß, insbesondere in der Frage, was aus Deutschland oder der DDR werden soll, aber auch personelle Differenzen. Wie war die Lage im Präsidium der KPdSU?

Wolfgang Leonhard: Ich hatte die seltene Gelegenheit, den 17. Juni 1953 im Titoistischen blockfreien Jugoslawien zu erleben. Dort gab es ein Mitgefühl mit den Menschen des 17. Juni, wie wohl in keinem anderen Land, eine echte Begeisterung. Über die offizielle Erklärung der DDR, das sei ein faschistischer Putsch, wurde nur gelacht. Die westliche Auffassung, es sei ein Akt der nationalen Einheit, wurde nur begrenzt zur Kenntnis genommen. Die Begeisterung galt der Protestbewegung der deutschen Arbeiter gegen die sowjetische Ausbeutung, für soziale und politische Forderungen, für den Rücktritt des Ulbricht-Regimes und freie Wahlen. Die Entwicklung in der DDR wurde als Beispiel für den Verrat am Sozialismus, für die konterrevolutionäre Rolle der sowjetischen Machthaber gegen Sozialismus und Arbeiterbewegung gewertet. Positiv wurde in Jugoslawien auch diskutiert, dass drei junge Menschen die rote Fahne vom Brandenburger Tor geholt hatten. Drei junge Linke hatten das Symbol der Arbeiterbewegung heruntergerissen, um den Verrat der konterrevolutionären Sowjetführung zu entlarven. Der demokratische Kampf der Arbeiterschaft gegen die Diktatur stand im Mittelpunkt der Diskussion.

Herr Professor Weber, Heinz Brandt, der damals Mitglied der SED-Bezirksleitung war, hat den 17. Juni als Tragödie bezeichnet, weil er im Grunde genommen erstens dazu geführt hätte, dass Ulbricht im Amt blieb und zweitens, dass die Wiedervereinigung nicht zustande kam, die eigentlich in Moskau von Berija bereits geplant worden war. Ist das richtig oder war der Wunsch Vater des Gedanken?

Hermann Weber: Zeitzeugen versuchen, schon während des Geschehens einzuordnen, während der Historiker aus der Rückschau meist mehr Zusammenhänge kennt. Insofern möchte ich die Aussage Heinz Brandts nicht überbewerten. Klar ist, dass die deutsche Einheit nicht am 17. Juni gescheitert ist. Sie ist gescheitert, als klar wurde, dass die beiden Weltmächte sich im Kalten Krieg dergestalt gegenüber stehen, dass weder der Westen sich einfach die DDR „einverleiben“ noch der Osten Gesamtdeutschland beherrschen konnte. Die Deutschen lebten in zwei selbstständigen Staaten, waren aber der Weltpolitik unterworfen. Ulbricht konnte nach dem 17. Juni die Opposition gegen sich ausschalten und sie sogar zum Sündenbock machen. Das ist gewissermaßen eine Tragödie, für die man allerdings nicht den Arbeiteraufstand verantwortlich machen kann, sondern die Nachfolger Stalins, die Ulbricht nicht ablösen wollten, weil das so ausgesehen hätte, als würden sie nachgeben.

Bei der Bewertung des 17. Juni wurde von Anfang an bis heute übersehen, dass es eben nicht nur ein Kampf gegen die Diktatur war, sondern dass dahinter auch die Einsicht stand, dass die DDR den Sozialismus verraten und der Demokratie abgeschworen habe. Kurt Schumacher hat es prägnant auf den Begriff gebracht: Sie waren nie Demokraten, sie sind längst keine Sozialisten mehr, sondern sie sind Knechte der Russen.

Insgesamt kann man sagen, dass die meisten beteiligten Arbeiter sozialdemokratisch orientiert waren. In den Städten entlang der Oder waren auch die „Rädelsführer“, die später verurteilt wurden, sehr oft Sozialdemokraten. Dennoch wird man nicht behaupten können, es sei ein sozialistischer Aufstand gewesen. Es war ein Aufstand gegen die Diktatur, gemäß dem berühmten Motto: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“. Spitzbart war Ulbricht, Bauch war Pieck und Brille war Grotewohl. Es kam der Wunsch hinzu, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Wenige Jahre nach dem Krieg war im Osten mit Recht die Überlegung aufgekommen, warum nur ein Teil Deutschlands, der genauso verantwortlich war wie alle anderen, ein besonders schweres Los tragen solle.

Herr Professor Leonhard, am 22. Juni 1953 war im „Spiegel“ zu lesen, dass die Sowjets diesen Aufstand provoziert hätten aus der Überlegung heraus, die DRR sozusagen auf Reformkurs zu bringen. Ist das richtig oder ist das eine Legende?

Wolfgang Leonhard: Die Vorstellung, die Sowjets hätten diesen Aufstand absichtlich organisiert, halte ich für eine lächerliche Verschwörungstheorie. Er war nicht organisiert, weder von Faschisten, noch von der westdeutschen CDU, der SPD oder den Gewerkschaften. Es war eine Bewegung, die spontan entstand, weitgehend so, wie es in den Schriften von Rosa Luxemburg dargestellt war. Wahr ist, dass die Sowjetunion aus ganz bestimmten Gründen mit der Ulbricht-Führung sehr unzufrieden war. Die Sowjets hatten in der Tat die Realität in der DDR viel besser erkannt als die SED-Führung. Das bedeutet aber nicht, dass sie irgendetwas absichtlich gemacht hätten. Die SED-Führer haben die Sowjets bereits am 16. Juni, als am späten Nachmittag bereits über 10.000 Bauarbeiter in der Leipziger Straße demonstrierten, dringend beschworen, sie sollen mit ihren Truppen kommen. Die Sowjets wollten sich jedoch nicht sofort einmischen und warteten noch bis zum nächsten Tag um 12 Uhr, um nicht als Steigbügelhalter der von ihnen kritisierten Ulbricht-Diktatur in Erscheinung zu treten. Sie sind einmarschiert, als sie sahen, dass das DDR-System zusammenkrachen würde, wenn sie nichts unternähmen. Ulbricht und die Führung hätten sie geopfert, aber das ganze System wollte die Sowjetunion nicht verlieren. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass der Aufstand des 17. Juni ohne die sowjetischen Truppen erfolgreich verlaufen und ein demokratischer Sozialismus entstanden wäre.

Hermann Weber: Endlich einmal ein Punkt, an dem wir verschiedener Meinung sind. Ja, wenn die Rote Armee damals nicht eingegriffen hätte, wäre das Ulbricht-Regime weg gewesen. Aber an dessen Stelle wäre kein demokratischer Sozialismus getreten. Bereits damals war der Begriff des Sozialismus bedauerlicherweise diskreditiert, sodass in der Bevölkerung ein anderer Wunsch übermächtig war: der nach der Einheit Deutschlands. Das hätte natürlich die Übertragung des westlichen Systems auf die DDR bedeutet. Da beißt die Maus keinen Faden ab, dafür gibt es hinreichend Belege.

Wolfgang Leonhard: Wenn es für einen demokratischen Sozialismus überhaupt eine Chance gegeben hat, dann bei einem Sieg des 17. Juni. Ich bedauere es, dass der 17. Juni in der deutschen Geschichte als Tag der nationalen Einheit angesehen wird. Für mich ist dieser Tag in der Zielrichtung und in der historischen Einschätzung etwas ganz anderes.

Hermann Weber: Wenn ich in diesem Zusammenhang von der deutschen Einheit spreche, verstehe ich darunter, dass die Sowjetunion sich zurückgezogen hätte. So lange sie da war, hätte weder ein demokratischer Sozialismus noch eine Demokratie stattfinden können. Wir haben ja gesehen, was drei Jahre später in Ungarn passierte. Da wurde brutal zugeschlagen. Die ungarische Revolution hatte ganz andere Ausmaße als der 17. Juni. Das darf man nicht vergessen. Wir dürfen nicht immerausschließlich unsere zwar wichtige deutsche Situation im Auge haben.

Im Nachhinein kann man sagen, dass wir es beim 17. Juni, wenn man sich die deutsche Freiheitsgeschichte anschaut, mit einer Revolution zu tun hatten. In dieser Hinsicht sind wir, vor allem westlichen Demokratien gegenüber, sehr im Rückstand. Revolutionen sind in Deutschland, zuletzt 1848, im wahrsten Sinne des Wortes niederkartätscht worden. Die Revolution vom November 1919, deren Ursachen der Krieg und der Sturz des Kaiserreichs waren, war eine Halbheit. Dennoch gibt es nicht nur eine Linie des deutschen Untertanenstaates, der leider meist überwogen hat, sondern auch eine der deutschen Freiheitsbewegung. Wir können dem damaligen Bundespräsidenten Heinemann noch heute dankbar sein, dass er begonnen hat, auch an diese Seite unserer Geschichte zu erinnern. Der 17. Juni ist ein Teil dieser deutschen Freiheitsgeschichte. Insofern war er auch ein Vorläufer der friedlichen Revolution von 1989, und wir sollten und können stolz sein auf diese Tradition des Aufstandes vom 17. Juni. Wir haben großen Dank zu richten an die meist unter schlimmen Umständen geendeten „Rädelsführer“. Hier ist ein gewisser Vergleich mit der Widerstandsbewegung im nationalsozialistischen Deutschland möglich. Sie hatte ebenfalls keinen Erfolg, aber wie hätten wir ohne diese Widerstandskämpfer 1945 dagestanden? Es war für den Aufbau der neuen Demokratie - leider nur im Westen - die Chance zu sehen, dass auch eine erfolglose Freiheitsbewegung ihre große Bedeutung hat. Und insofern kann man diese Linie ziehen. Wir haben den Widerständlern gegen Hitler und den Kämpfern des 17. Juni viel zu verdanken.

Herr Prof. Leonhard, ist es nicht doch ein bisschen billig, dass die Deutschen 1990 den Tag der Deutschen Einheit in Erinnerung an den 17. Juni als Feiertag abgeschafft haben?

Wolfgang Leonhard: Ich bin sehr froh, dass Hermann Weber den Freiheitsgedanken in den Mittelpunkt gestellt hat. Für mich ist der 17. Juni der Tag des entschlossenen Kampfes für demokratische Freiheiten gegen die bürokratische Diktatur sowjetischer Prägung. Von diesem Tag ging eine ziemlich gerade Linie zur Revolution im Oktober/November 1956 in Ungarn. 12 Jahre später, der „Prager Frühling“ von 1968- eine noch größere Bewegung, mit der Zielsetzung eines menschlichen Sozialismus. Weitere 12 Jahre später, 1980/81, die „Solidarnosc“ in Polen, eine Bewegung, in der der Sozialismus kaum mehr eine Rolle spielte, aber eine solche Massenbewegung, wie es sie bei einer europäischen Revolution nur selten gab. In kürzester Frist ist „Solidarnosc“ eine gewerkschaftliche und politische Bewegung geworden, mit sieben Millionen Industriearbeitern. Kurz darauf entstand eine „Bauern-Solidarnosc“, die drei Millionen Bauern umfasste.

Es ist wichtig, dass man die nationalen Besonderheiten kennt, aber den internationalen Zusammenhang nicht vergisst. Das Gedenken an den 17. Juni wäre viel stärker gewesen, wenn man nicht dauernd vom Tag der Nationalen Einheit geredet, sondern auf die Bewegung gegen die bürokratische Diktatur hingewiesen hätte, auf die „Zündstoffwirkung“ des damaligen Aufstands für die weiteren Entwicklungen.